Ratssitzung am 30.11.2010
TOP 11 – Stellenplan für das Haushaltsjahr 2011

Stellungnahme der SPD-Fraktion durch den stv. Fraktionsvorsitzenden Michael Krause

S.G.H. Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,
werte Kolleginnen und Kollegen,

wir haben in der Ratssitzung am 17. März 2010 HSK – Maßnahmen beschlossen, die im Bereich der Personalwirtschaft und des Stellenplanes ein sehr ehrgeiziges Ziel formulierten.

Bis zum Jahr 2014 sollen insgesamt 29 Stellen eingespart werden. Im Stellenplan für das Jahr 2011, den wir heute hier beraten und beschließen wollen, werden bereits 10 Stellen weniger ausgewiesen als im Vorjahr. Das dieser Stellenabbau mit Augenmaß statt findet, kann man auch an der Tatsache erkennen, dass neben den insgesamt 15 Einsparungen aber auch 5 Stellenerweiterungen zu Buche stehen.
Stellenerweiterungen, die den Erkenntnissen und Empfehlungen von Organisations-untersuchungen im Hause folgen und denen Rechnung getragen wird. Stellenerweiterungen, die sich auch durch organisatorische Änderungen, Umstrukturierungen und Bündelungen von Aufgaben ergeben.

Dennoch bedeuten 10 Stellen weniger natürlich für die verbleibenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch eine weiter zunehmende Arbeitsverdichtung. Diese Entwicklung führt zu erhöhter Belastung, zu Stress und kann wachsende Krankenstände verursachen. Auch muss das System einer funktionierenden Verwaltung als Dienstleistungsunternehmen erhalten bleiben. Dieses muss man im Blick behalten.

Durch diese Stelleneinsparungen werden natürlich auch die Ziele, die im HSK festgehalten sind, erreicht. Die Personalkosten sinken im Vergleich zum Vorjahr um ca. 300 T€.

Das diese Strukturänderungen und Bündelungen von Aufgaben auch weitere, erhöhte Anforderungen an das Personal stellen, ist nachvollziehbar und erfordert Weiterqualifizierungen durch Schulungen und Seminare.

Die im Haushaltsplan dafür eingestellten Mittel in Höhe von 140 T€ sind Investitionen in die Zukunft und daher gut angelegtes Geld. In diesen 140 T€ ist allerdings auch ein Anteil von 28 T€ für vorgeschriebene Lehrgänge in den verschiedenen Ausbildungsberufen enthalten.

Zur Zeit sind in diesem Haus noch insgesamt 7 junge Menschen als Auszubildende beschäftigt, von denen 5 im kommenden Jahr ihre Ausbildung abschließen werden. Übrig bleiben dann nur noch 2. Ein Prozentsatz kleiner 1 im Verhältnis zur gesamten Belegschaft. Dieses ist ein Thema, welches wir Sozialdemokraten hier in diesem Gremium regelmäßig angesprochen haben. In den vergangenen Jahren haben wir immer wieder betont, dass wir uns mehr Ausbildungsplätze wünschen, sind aber mit Blick auf die Finanzen und der nachvollziehbaren Argumentation der Verwaltung zu dem Ergebnis gekommen, dass es keinen Sinn macht, in verwaltungstechnischen Berufen über den Eigenbedarf hinaus auszubilden.

Heute, wo wir uns in Zeiten des nicht genehmigten Haushaltes bewegen, ist die Situation noch ein Stück weit schwieriger geworden. Die Aufsicht gestattet es den Kommunen, die sich in der Haushaltssicherung oder im Nothaushalt befinden, zur Zeit nicht, junge Menschen einzustellen und ihnen einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen. Wir erinnern uns alle noch an die zurückliegende breite öffentliche Diskussion um die Stadt Oberhausen und den RP in Düsseldorf.
Hier unterliegen wir den derzeit noch geltenden gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorgaben und müssen diese Untersagung leider akzeptieren.
Wenn ich derzeit sage, meine ich, dass wir seit wenigen Monaten eine neue Landesregierung und einen neuen RP in Arnsberg haben, die für die Schwierigkeiten der Kommunen eine andere Sichtweise als ihre Vorgänger haben Es ist erkannt worden, dass viele Kommunen nicht aus eigener Kraft aus der Haushaltssicherung oder den Nothaushalt herauskommen können. Aus dieser Sichtweise heraus soll der § 76 der GO NRW in einem neuen Gesetzesentwurf auch insoweit modifiziert werden, dass es den Kommunen wieder gestattet werden soll, Nachwuchskräfte auszubilden. Dies ist ein Signal, welches die Verwaltung sicher aufnehmen und im Rahmen der Möglichkeiten umsetzen wird.

Durch die Änderung des § 76 wird noch eine weitere, den Personalbereich betreffende Vorgabe geändert. In einem für uns Sozialdemokraten sehr wichtigen Punkt.
Wir wissen und betonen alle hier immer wieder, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter allesamt hier in dieser Verwaltung und für diese Stadt und deren Bürgerinnen und Bürger eine hochqualifizierte und engagierte Arbeit leisten. Die tariflich Beschäftigten haben an den Tariferhöhungen teilhaben können, für die Beamten im Hause gilt das bisher nicht bzw. nur sehr eingeschränkt. Hier erhalten die Kommunen durch die Änderung des vorgenannten § der GO auch wieder mehr Spielraum, Beförderungen auszusprechen und allemal verdiente Höhergruppierungen vorzunehmen.
Wir Sozialdemokraten begrüßen hier die Initiative der Landesregierung und unterstützen dieses nachhaltig.

Lassen Sie mich abschließend noch einige wenige Sätze zu den Praktikantenstellen sagen.
Wie in den Vorjahren stellt die Stadtverwaltung wieder für etwa 30 meist jungen Menschen Praktikantenarbeitsplätze zur Verfügung.
Das sind Maßnahmen die wir ausdrücklich begrüßen.
Diese Stellen kommen zum Teil Schülerinnen und Schülern aus Kamen zugute, denen im Rahmen der Berufsorientierung in der Oberstufe diese nur wenige Wochen dauernden unentgeltlichen Praktika vorgeschrieben sind. Des Weiteren werden jungen Menschen studienbegleitende Praktika angeboten, die für die Qualifizierung von Studenten unerlässlich sind, es wird mit den Berufskollegs im Kreis zusammengearbeitet, es wird über diese Praktikantenstellen Berufsrückkehrern die Möglichkeit der Orientierung und beruflichen Eingliederung gegeben und vieles mehr. Diese Praktikantenstellen finden sich im Stellenplan nicht wieder und dienen nicht dazu, dass die Inhaber dieser Stellen originäre Verwaltungsaufgaben zu übernehmen haben; es handelt sich lediglich um zeitlich begrenzte Aus- und Fortbildungsplätze.
Schon die Ausstattung der Arbeitsplätze verursacht Kosten. Die Praktikanten selbst erfordern in ihrer Zeit hier im Hause die intensive Betreuung durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das kann zum Teil auch zusätzliche Belastung sein.

Wer hier populistisch fordert, diese Stellen müssten dotiert werden und die Nutzer dieser Praktikantenstellen müssten entlohnt werden, geht an der Realität weit vorbei. Wir sind immer noch im nichtgenehmigten Haushalt und eine Entlohnung von Praktikanten ist nirgendwo vorgesehen.

Wir sind froh, dass die Verwaltung diese Stellen bereitstellt und dass die Belegschaft im Hause diese Praktikanten mit hohem Einsatz und fürsorglich begleitet.

Die SPD-Fraktion wird dem vorliegenden Stellenplan uneingeschränkt zustimmen.

Unser Dank für eine engagierte Arbeit richtet sich an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Verwaltung, des Servicebetriebes, der ARGE-Mitarbeiter und natürlich auch an die Mitarbeiter/innen des Krankenhauses.

Ich bitte die Personalvertretungen diese an die Belegschaften weiterzugeben.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit